freundlichen Gesten und der sprichwörtlichen Gastfreundschaft, die wir in Westalgerien antrafen. Mochte die Hütte noch so klein sein, das Zelt noch so ärmlich, niemand unterließ es, uns Früchte oder Tee anzubieten. Und wir trugen wirklich kein Plakat vor uns her, auf dem geschrieben stand: wir sind keine Franzosen.

Aber hat Frankreich wirklich die Voraussetzungen für ein unabhängiges Algerien geschaffen? Es beginnt an der Grenze. Beamte, die völlig hilflos sind, wenn Ausländer mit andersartigen Pässen einreisen. Angestellte der Post, die nicht sagen können, welche Wertzeichen man auf einen Brief nach Europa kleben muß. Es gibt Schwierigkeiten auf der Bank beim Umtausch fremder Währungen. Und 80 % der Bevölkerung sind Analphabeten, von dem Mangel an qualifizierten Berufen wie Ärzten, Lehrer, Ingenieuren, ganz zu schweigen.

Unsere Arbeit für die algerischen Flüchtlinge in Marokko und Tunesien war ein Anfang. Jetzt muß aus diesem Anfang ein Werk werden.

Wir planen Hilfe auf lange Sicht, die Hilfe zur Selbsthilfe wird: Aufbau neuer Dörfer, bei El Khemis wird schon gearbeitet, im Bezirk Nedroma (Ouled Malik) soll unser zweites Projekt verwirklicht werden.

Wir planen Soforthilfe überall da, wo noch keine langfristigen Projekte möglich sind. Ärzte, Schwestern, Fürsorgerinnen, Medikamente, Nahrungsmittel; Kleidung, vor allem für Kinder. Und wir werden zur Realisierung unserer Pläne sehr sehr viel Geld benötigen.

Abrüstung – Bedrohung des Wohlstandes?

Bemerkungen zu einem Bericht der UN

Von Elmar Freund

Die allgemeine und vollständige Abrüstung ist zu einer Kardinalfrage unserer Existenz geworden. Allerdings ist diese Erkenntnis durch ihre propagandistische Ausschlachtung fast schon zu einer bloßen Redensart verschlissen, die oft das breite Publikum über die weitverzweigte und schwierige Problematik einer Abrüstung hinwegtäuscht. Manchmal verbergen sich hinter pseudo-pazifistischen Erklärungen dieser Art sogar ganz entgegengerichtete Interessen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. So bestehen zum Beispiel tatsächliche oder vermeintliche Gründe wirtschaftlicher Art, die gegen eine Abrüstung ins Feld geführt werden. Dahinter kann sowohl die Verquickung der Rüstung mit privatwirtschaftlichem Geschäftssinn als auch mit gewissen konjunkturpolitischen Erfordernissen stecken. Die folgenden Betrachtungen sollen den Zusammenhang der Abrüstung mit diesen beiden Faktoren verdeutlichen und Schlußfolgerungen für eine wirksame Abwehr der daraus resultierenden gefährlichen Konsequenzen ziehen. Freilich handelt es sich dabei nur um einen sehr speziellen Aspekt aus der gesamten Problematik der Abrüstung, denn es ist ganz und gar nicht so, daß machtpolitische Ambitionen einfach nur als Funktion nackten Geschäftsinteresses oder als verzweifelter Versuch zur Stabilisierung der Konjunktur erklärt werden könnten, wie gewisse Dogmatiker uns wissen lassen. Vielmehr muß eine realistische Analyse der Rüstungsideologie von der Vielgestaltigkeit der Ursachen für diese unheilvolle Situation ausgehen. Irgendwo auf der breiten Skala der Motive findet sich auch jener angeschnittene wirtschaftliche Zusammenhang.

Einem Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Jahre 1959 ist es zu verdanken, daß eine internationale Expertenkommission kürzlich eine Untersuchung

über jenen Teilaspekt, nämlich die „wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung", vorgelegt hat[1]), die aufs beste geeignet erscheint, die Animosität bestimmter Kreise gegen die Abrüstung in ihrer Haltlosigkeit bloßzustellen. Das Ergebnis des Berichts läuft nämlich darauf hinaus, „ . . . daß alle Probleme in Folge einer evtl. Abrüstung mit wirtschaftspolitischen Mitteln auf nationaler und internationaler Ebene zu lösen sind . . . und durch die friedliche Verwendung der für militärische Zwecke eingesetzten Produktionsmittel eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in aller Welt erreicht wird . . ."[2]).

Eine solche Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung büßt nichts von ihrem Wert ein, weil Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Fronten des Mißtrauens in weite Ferne gerückt zu sein scheinen. Die Einsicht selbst, daß es kein vernünftiges volkswirtschaftliches Interesse an der Fortführung des Rüstungswettlaufs gibt, ist schon geeignet, dem Argwohn gegenüber einer Demobilisierung wenigstens in einem (wenn auch nicht unbedingt dem wichtigsten) Punkt entgegenzuwirken.

Jährlich 480 Milliarden DM

In dem Dokument der UN wird der jährliche Rüstungsaufwand in aller Welt auf etwa 120 Milliarden Dollar oder 480 Milliarden DM geschätzt. Diese gewaltige Summe entspricht etwa zwei Drittel des Volkseinkommens der sogenannten unterentwickelten Länder. Von diesem Gesamtbetrag entfallen etwa 180 Milliarden DM jährlich auf die militärischen Ausgaben der USA, etwa 95 Milliarden DM jährlich auf die UdSSR[3]). Die Größenordnung der entsprechenden Ausgaben anderer Länder fallen demgegenüber stark ab. Dennoch sind auch sie gemessen an der geringeren Wirtschaftskraft gleichfalls schwer durch diese Kosten belastet. So entsprachen nach derselben Quelle die Rüstungsausgaben zum Beispiel in Nationalchina knapp 11 Prozent des Sozialprodukts, in Jugoslawien etwa 9 Prozent, in Polen 3,7 Prozent, in Frankreich zwischen 6 und 5 Prozent, in Großbritannien reichlich 6 Prozent, dagegen in den USA 9 bis 10 Prozent und in der UdSSR knapp 7 Prozent. Da der militärische Apparat in der Bundesrepublik erst im Aufbau begriffen ist, hat sich die relative Bedeutung der dafür eingesetzten Finanzleistung in den letzten Jahren laufend erhöht. Im Jahre 1961 wurden nach Angaben im Bundeshaushaltsplan 11,5 Milliarden DM bereitgestellt, was etwa 3,7 Prozent des Bruttosozialprodukts entspricht. Für 1962 erhöhte sich der entsprechende Haushaltsposten auf 15,5 Milliarden DM oder 4,7 Prozent am Sozialprodukt. Weitere Anforderungen im Zusammenhang mit der veränderten Rüstungsstrategie der USA müßten neue beträchtliche absolute und relative Erhöhungen auslösen.

Die ganze soziale und wirtschaftliche Tragweite der permanenten Rüstung erhellt auch aus der Zahl der im aktiven Militärdienst stehenden Soldaten, die von der UN mit rund 20 Millionen Menschen in aller Welt angegeben wird. Hinzu kommt die Vielzahl derer, die mit der Versorgung der Streitkräfte an Gütern und Diensten oder mit deren Herstellung befaßt sind. Ihre Gesamtzahl wird mit mehr als 50 Millionen Personen angenommen.

Wirtschaftliche Rolle der Rüstung

Zur Verdeutlichung der im UN-Bericht angeschnittenen Problematik ist zunächst daran zu erinnern, daß auf der einen Seite die Rüstungsaufwendungen in der Nationalökonomie

---

[1]) Vgl. Economic and Social Consequences of Disarmament, New York 1962.

[2]) ebenda S. 52.

[3]) Die Angaben in DM wurden auf Grund der offiziellen Paritäten umgerechnet, vermitteln aber nur eine ungefähre Vorstellung der vergleichsweisen Bedeutung der Ausgaben. Heute dürften die Rüstungsausgaben den angegebenen Betrag bereits beträchtlich übersteigen.

zu Recht als wirtschaftlich „steril" gelten, weil sie nämlich das Verbrauchsgüterangebot weder direkt noch indirekt erhöhen; der militärische Apparat bleibt ohne ökonomischen Nutzen, d. h., er trägt in keiner Weise zur Bedürfnisbefriedigung bei. Er schwächt das Wirtschaftspotential einer Nation und entzieht dem Verbrauch in entsprechendem Umfang Güter des zivilen Bedarfs („Kanonen oder Butter"). Auf der anderen Seite aber kann die Produktion militärischer Güter — ebenso wie Güter des zivilen Bedarfs — dazu beitragen, brach liegende oder nicht voll ausgenutzte Produktionskapazitäten in Gang zu bringen und damit die Konjunktur anzuregen oder doch wenigstens auf einem höheren Stand zu halten. In Ländern mit größerer Arbeitslosigkeit liegt die Versuchung daher nahe, die Militärausgaben als bequemes Mittel für eine Vollbeschäftigungspolitik zu betrachten. Eine solche Einstellung kann noch dadurch begünstigt werden, daß andere Formen staatlicher Aktivität, die gleichfalls als Hebel für eine konjunkturelle Belebung benutzt werden könnten, häufig auf den Widerstand privater Wirtschaftskreise stoßen. In diesem Sinne wurden zum Beispiel die wirtschaftlichen Folgen der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre in den USA endgültig erst mit dem Boom überwunden, den die Kriegswirtschaft als Nebenerscheinung in den 40er Jahren auslöste[4]). Auch nach dem zweiten Weltkrieg dürfte den militärischen Ausgaben mehrfach eine konjunkturstützende Rolle zugefallen sein, da auf verschiedenen Sektoren Sättigungserscheinungen auftraten, denen — als erwünschter Nebenzweck — mit Hilfe militärischer Aufträge entgegengewirkt werden kann. Auch für die zentral geplanten Volkswirtschaften werden mit wachsendem Produktionsüberschuß ähnliche Gefahren sichtbar.

Das konjunkturpolitische Interesse an der Rüstung kann zu einem gefährlichen Symptom hochentwickelter Industriegesellschaften werden, und zwar ohne Rücksicht auf ihre jeweilige konkrete Wirtschaftsordnung. Freilich, in den seltensten Fällen dürfte die wirtschaftsbelebende Wirkung der Rüstung alleiniger Anlaß für die Unterhaltung militärischer Einrichtungen sein. Aber als willkommene Nebenwirkung vermag sie die Bereitschaft zu endgültiger Abrüstung dämpfen oder verzögern. Darin liegt ihre Gefahr. Nur wenn es möglich sein wird, alternative Entwicklungsprogramme auch für die konjunkturempfindlichen Industriestaaten zu projektieren und durchzusetzen, wird diese bequeme und zugleich verantwortungslose Form einer Konjunkturpolitik ausgeschaltet werden können.

Neben den Rückwirkungen der Rüstung auf die Gesamtwirtschaft bestehen auch unternehmerische oder betriebliche Interessen an der Rüstungsproduktion; häufig versprechen nämlich gerade militärische Güter infolge größerer Kontinuität des Absatzes auf lange Sicht und infolge der oft großzügigeren Preisgestaltung höhere Gewinne als entsprechende Produktion für zivilen Bedarf[5]). Auch in planwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften kommt der Rüstungswirtschaft im Rahmen der volkswirtschaftlichen Planung Priorität zu. Daraus ergeben sich verschiedene Begünstigungen für die betreffenden Betriebe. Ein solcher privilegierter Status kann bis zu einem gewissen Grad in gleicher Richtung wie das Gewinninteresse privater Unternehmen wirken.

Die Umstellung der Rüstungswirtschaft auf eine ganz dem zivilen Bedarf dienende Produktionsstruktur wird den hier skizzierten Tatbestand in Rechnung stellen müssen. Eine realistische Lösung könnte wahrscheinlich durch staatliche Finanzhilfen in der einen oder anderen Form an die „betroffenen" Branchen gefunden werden, wodurch die erforderlichen Strukturänderungen beschleunigt werden könnten.

---

[4]) Vgl. auch C. W. Mills, The Causes of World War III, Kapitel 10.

[5]) Vgl. dazu auch Heinig, K., die Sachausgaben im öffentlichen Haushalt, in Handwörterbuch der Finanzwissenschaft, Tüb. 1956.

Alternativen

Die erwähnten konjunkturpolitischen und einzelwirtschaftlichen „Hintergründe" der Rüstung machen verständlich, warum die nachteiligen Konsequenzen einer Abrüstung nicht einfach nur durch Steigerung irgendwelcher ziviler Ausgaben eliminiert werden können, ohne u. a. auch die damit verknüpften psychologischen Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

Erscheint es aber nicht dennoch widersinnig angesichts der wirtschaftlichen Mangelerscheinungen in vielen afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Ländern dem krisenhaften Status vieler hochentwickelter Industriestaaten und seiner Rückwirkung auf die Abrüstung soviel Gewicht beizumessen? Bietet sich nicht im Ausgleich des wirtschaftlichen Gefälles einer Minderheit reicher Länder gegenüber einer Mehrheit armer Länder die einfachste Lösung zur Erhaltung der Vollbeschäftigung an? In gewissem Umfang trifft dies sicher zu. Aber infolge außenhandels- und währungspolitischer Gründe können nicht einfach die gesamten im Falle einer Abrüstung freiwerdenden Produktionsmittel zugunsten des Güterexports oder der Kapitalhilfe an Entwicklungsländer eingesetzt werden. Zweifelsohne könnte in dieser Richtung häufig mehr als bisher geschehen, aber nicht genug, um immer eine reibungslose Transformierung der Rüstungs- in eine Friedenswirtschaft sicherzustellen. So erschöpft sich auch zu Recht die Expertise der von der UN eingesetzten Fachleute nicht nur in Hinweisen auf den riesigen Nachholbedarf der wirtschaftlich schwachen Staaten. Sie entwerfen vielmehr auch alternative Produktionsprogramme auf nationaler Ebene, wie zum Beispiel die Förderung der sogenannten „Sozialinvestitionen", denen gerade auch in den Industrieländern eine zentrale Bedeutung zukommen würde. Dabei handelt es sich zum Beispiel um den Ausbau sozialer Einrichtungen, von Krankenhäusern, Förderung des Wohnungsbaus oder Entwicklung der Bildungseinrichtungen eines Landes. Für die USA wird zum Beispiel ein Fünf-Jahres-Bedarf von 330 Milliarden Dollar für solche Programme genannt. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Bedarf von etwa 66 Milliarden Dollar. Nur die Hälfte dieser Summe wird aber demgegenüber zur Zeit jährlich in den USA für den Ausbau von Schulen, sozialer Einrichtungen und andere Maßnahmen dieser Art verausgabt.

Eine andere Berechnung führt zu der Schlußfolgerung, daß im westlichen Europa die Aufwendungen allein für das Schulwesen bis 1970 rundweg verdoppelt werden müßten, um den Stand des Erziehungswesens in den USA zu erreichen.

Die Sanierung der Großstädte erfordert progressive Aufwendungen. Aus dem Druck der Bevölkerungsakkumulation in den städtischen Zentren resultiert ein steigender Bedarf an gesunden Wohnungen, an ausgebauten Verkehrsverbindungen und städtischen Verkehrsmitteln, aber auch an erweiterten Einrichtungen für Jugendbetreuung oder die Bekämpfung der Kriminalität usw. Der UN-Bericht verzeichnet als markantes Beispiel allein für die Großstädte Indiens einen Bedarf von jährlich einer Milliarde Dollar, der zur Erstellung von Wohnungen nötig sei. In Lateinamerika müßten sogar nach derselben Quelle 30 Jahre lang jährlich 1,4 Milliarden Dollar investiert werden, um das riesige Wohnungsdefizit zu beseitigen. Selbst in den UdSSR müßte das Wohnungsprogramm in den Jahren 1976 bis 1980 gegenüber dem geplanten Stand von 1961 bis 1965 verdreifacht werden, wenn jeder Familie eine gut ausgestattete Wohnung zugewiesen werden soll.

Ein weites Feld für künftige Aufgaben mit hohen finanziellen Anforderungen würde sich ferner auf dem Gebiet internationaler Forschungsprogramme eröffnen, wie sie sich zum Beispiel für die Raumforschung, die Erforschung der Arktis oder den Gesundheitsschutz ergeben. Schließlich erlaubt aber eine hochindustrialisierte Gesellschaft auch weitere Verkürzung der Arbeitszeiten und eine Ausdehnung des Urlaubs, die nicht nur der

zusätzlichen Erholung, sondern auch erweiterter Bildung in verschiedenster Form zugute kommen könnte.

Auch im Hinblick auf diese alternativen Programme gilt es allerdings die Hemmnisse, die ihrer Realisierung entgegentreten könnten, zu erkennen. Es ist eine typische Erscheinung gerade der ausgebildeten „kapitalistischen" Länder, daß oft die erwähnten sozialen Investitionen, die Wissenschaftsförderung oder der Gesundheitsdienst usw. unterentwickelte Sektoren gegenüber der Vielfalt und dem Umfang des übrigen Angebots an Konsumgütern darstellen. Man denke auf der einen Seite nur an den mit allen Mitteln der Reklame geförderten „gehobenen Konsum", den Autoboom, das Angebot der Modeindustrie oder die überspitzten Ansprüche im Baustil der Industrie- und Verwaltungsaristokratie. Auf der anderen Seite hinkt die Errichtung von Krankenhäusern, Altersheimen, von Hochschulen und Forschungsstätten oft hinter den Erfordernissen zurück. Die Ursachen für diese weit verbreitete Erscheinung liegen zum Teil darin, daß diese Vorhaben für privatwirtschaftliche Unternehmen meist von geringem Interesse sind oder aus traditionellen Gründen in vielen Fällen staatlicher Initiative obliegen.

In dieser Richtung liegen aber, wie gesagt, die Entwicklungschancen der reifen Konsumgesellschaften. Hier sitzt der neuralgische Punkt bei der Verwirklichung der meisten der in Betracht kommenden Alternativprogramme. Die Durchsetzung solcher Vorhaben wird also eine Stärkung des staatswirtschaftlichen Sektors in den betreffenden Ländern mit sich bringen. Damit würde nicht nur die Krisenanfälligkeit der betr. Volkswirtschaften gemindert, sondern auch der im Interesse einer Entwicklung des Sozialbereichs und des Bildungswesens unerwünschten Ausdehnung der Produktion zweit- und drittrangiger „gewinnträchtiger Verbrauchsgüter" vorgebeugt.

Wenn die Vorschläge des UN-Berichts und die daran geknüpften Bedenken auch allgemein Gültigkeit beanspruchen können, so ergeben sich doch bei der Betrachtung der Situation einzelner Länder gewisse Einschränkungen. So läßt sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im Falle einer totalen oder partiellen Abrüstung nicht ohne weiteres mit der Situation in den USA gleichstellen. Einmal liegt der Entwicklungsstand unserer Wirtschaft gegenüber den USA z. T. erheblich niedriger. Außerdem hat der durch den Krieg in Europa verursachte riesige Nachholbedarf zu einem umfangreichen, zusätzlichen Investitionsbedarf geführt. Schließlich wird ein großer Teil der Rüstungsgüter in der Bundesrepublik aus dem Ausland eingeführt. Eine Reduzierung der militärischen Aufwendungen würde also beträchtliche zusätzliche Importe ziviler Güter erlauben oder aber wachsende Kapitalexporte (z. B. im Rahmen der Entwicklungshilfen) erlauben. In stärkerem Maße als in anderen Ländern bietet sich so in der Entwicklungshilfe ein wirksamer Ausgleich an.

Übergangsprobleme

Auf lange Sicht gibt es demnach sinnvolle Lösungen für die aus einer Abrüstung möglicherweise entstehenden wirtschaftlichen Probleme. Es bleibt die Frage, ob nicht für eine gewisse Übergangszeit nach einer Abrüstungsvereinbarung vorübergehende Störungen im wirtschaftlichen Gefüge in Kauf genommen werden müssen. Die Experten der UN weisen darauf hin, daß zwar jede Volkswirtschaft einer dauernden Strukturänderung ausgesetzt ist, der sie sich mehr oder weniger automatisch anpaßt. Durch eine kurzfristige Abrüstung könnten aber möglicherweise weit über das normale Maß hinausgehende Konjunkturschwankungen ausgelöst werden. Aber auch in diesem Zusammenhang geben die Erfahrungen mit der Abrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg Anlaß für optimistische Prognosen. In dem Bericht wird festgestellt, daß die militärischen Ausgaben und die Zahl der Soldaten damals mehr als viermal über dem heutigen Niveau lagen. Die USA ver-

wendeten z. B. gegen Kriegsende allein 40 % ihres Sozialprodukts für militärische Zwecke. Aber schon zwei Jahre später war das Verteidigungsbudget um 80 % gesunken, die Gefahr einer konjunkturellen Flaute aber durch ausgleichende staatliche und private Investitionen sowie zunehmenden privaten Konsum und wachsende Auslandshilfe gebannt. Mehr als 9 Millionen Soldaten wurden im selben Zeitraum in das zivile Leben eingegliedert. Demgegenüber wäre heute — nach einer Berechnung Leontiefs — mit der beruflichen Umgliederung von etwa 1,3 Millionen zivilen Arbeitskräften und 3,3 Millionen militärischem Personal zu rechnen, was etwa 6 bis 7 % der erwerbstätigen Bevölkerung der USA entspricht. Eine Steigerung der privaten und staatlichen Investitionen der USA um nur 1 % würde aber eine ausreichende Produktionszunahme einleiten, mit deren Hilfe eine entsprechende Zunahme der Beschäftigung erreicht würde.

Für Großbritannien wurde nach ähnlichen Schätzungen mit etwa 900 000 Menschen (oder etwa 4 % der Erwerbstätigen) gerechnet, die im Falle einer Abrüstung einen Arbeitsplatzwechsel in Kauf nehmen müßten.

Theoretisch müßte es für zentrale Planwirtschaften noch einfacher sein, die Produktionsstruktur kurzfristig den neuen Verhältnissen anzupassen. Allerdings lassen sich die Erfahrungen, die z. B. in Rußland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gemacht wurden, nicht als Beleg dafür heranziehen, weil die ungeheuren Verwüstungen, die der Krieg hinterlassen hatte, zu ganz abnormen Voraussetzungen für den ökonomischen Aufbau führten.

Immerhin besitzen auch die „kapitalistischen" Länder in den Mitteln der Zentralbankpolitik, der Steuer- und Haushaltspolitik wirksame konjunkturpolitische Instrumente. Freilich vermögen mit ihrer Hilfe nur dann vorübergehend auftretende Krisenerscheinungen abgefangen werden, wenn die Wirtschaftspolitik in diesen Staaten ihre volle Aktionsfähigkeit besitzt und nicht im Kreuzfeuer der Lobbyisten erstarrt.

Ergebnis

In Kürze lassen sich die hier skizzierten Zusammenhänge zwischen Abrüstung und wirtschaftlichen Faktoren auf die folgenden Punkte konzentrieren:

1. Die Abrüstung steht in vielfältiger Verbindung mit psychologischen, soziologischen, historischen und anderen Fakten. Die wirtschaftliche Komponente stellt darunter nur einen isolierten Aspekt dar.
2. Rüstungsausgaben und militärischer Personalbedarf stellen eine schwere Belastung der Nationen dar, weil der zivile Verbrauch in entsprechendem Umfang eingeschränkt wird.
3. Dennoch kann u. U. ein positives wirtschaftliches Interesse an der Rüstung und daher eine zurückhaltende Einstellung gegenüber der Abrüstung sich geltend machen. Einmal infolge der anregenden konjunkturellen Wirkungen, die besonders in hochindustrialisierten Ländern damit verbunden sein können. Zum anderen infolge des unternehmerischen Gewinninteresses am Rüstungsgeschäft.
4. Neben die Entwicklungshilfe müssen Entwicklungsprogramme auf nationaler Ebene treten, um eine Alternative für ausfallende Rüstung zu schaffen. Dabei wird es in besonderem Maße auf verstärkte staatliche Aktivität im Sozialwesen, Gesundheitsdienst, im Bildungsbereich usw. ankommen. Auch in dieser Beziehung muß mit einer Interessenspannung mit anderen gesellschaftlichen Kräften gerechnet werden.
5. In der Bundesrepublik liegt der wirtschaftliche Reifegrad noch beträchtlich unter dem Niveau z. B. der USA. Dadurch hat der konjunkturelle Aspekt der Rüstung nur eine verringerte Bedeutung. Ferner führen die starken außenwirtschaftlichen Ver-

flechtungen (hohe Rüstungseinfuhren) zu gesteigerten Möglichkeiten für Entwicklungshilfen.

6. Auch kurzfristige Übergangskrisen im Gefolge einer Abrüstung lassen sich wie die Erfahrung beweist, weitgehend vermeiden, wenn die wirtschaftspolitischen Mittel richtig eingesetzt werden.

Die politische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei

Von Gustav W. Heinemann

Die „Werkhefte", Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus, München, bringen in Heft 8/9 1962 den nachstehenden Beitrag. Die Zeitschrift schreibt:

„Sicherlich sind mit diesem Beitrag nicht alle Probleme gelöst oder geklärt, über denen die Diskussion ingangkam und die in ihr gestellt wurden. Doch sind wir der Meinung, daß Dr. Heinemann in einigen der entscheidenden Punkte eindeutige und kompetente Antworten gibt, die über die Politik der SPD ein klares Urteil gewinnen lassen, als dies bisher möglich war. Die Diskussion kann also mit geklärten Positionen nun produktiver fortgesetzt werden."

I.

Dem kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges ermordeten französischen Sozialistenführer Jaurès wird der Ausspruch nachgesagt: „Die Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie erfüllt die Völker Europas mit Furcht. Ihr seid eine große, eindrucksvolle, wundervolle Partei, aber ihr habt keinen Einfluß auf die Politik eurer Regierung." Über diese Worte von Jaurès sind 50 oder 60 Jahre hingegangen. Es ist vorstellbar, daß der eine oder andere ausländische Freund der deutschen Sozialdemokratie diesen Ausspruch heute noch wiederholen möchte. Woran liegt es, daß die deutsche Linke trotz aller Erfolge in Kommunen und Bundesländern immer noch vor den Toren zur eigentlichen Macht, nämlich — in der jetzigen Situation — außerhalb der Regierungsgewalt in Bonn steht?

In dankenswerter Freimütigkeit hat diese Zeitschrift dieses Thema aufgeworfen und zur weiteren Diskussion eingeladen. Sie nahm dafür zum Anlaß, daß der Vorstand der SPD im November 1961 die gleichzeitige Mitgliedschaft beim SDS und der SPD nach jahrelanger Bemühung um eine Bereinigung der Differenzen schließlich für unvereinbar erklärte. Dieser Vorgang ist aber für das Anliegen, das diese Zeitschrift mit der eingeleiteten Diskussion verfolgt, erklärtermaßen nur eine Nebensache. Es geht ihr um die grundsätzlichen Probleme.

II.

In der bisherigen Diskussion ist von den Beteiligten (Seifert, Friedrich, Hirschauer, Flechtheim, Abendroth, Zwerenz) eine Fülle von Standpunkten deklariert worden, die sich weithin nicht miteinander vereinbaren lassen. Auch in der Politik ist offensichtlich der Bereich des Wünschbaren größer als der Bereich des Realisierbaren. Die Fülle des Wünschenswerten muß deshalb danach sortiert werden, was vorrangig sein soll. Außerdem muß derjenige, welcher nicht nur diskutieren, sondern praktische Politik treiben will, vom Boden des Grundgesetzes aus und im Rahmen der allgemeinen Spielregeln handeln, — es sei denn, daß sein Sendungsbewußtsein oder das Kalkül seiner revolutionären Theorie fest genug sind, um ihn den Durchgang durch eine Zone der Illegalität nicht scheuen zu lassen.

Von diesem Ausgangspunkt aus scheint mir als erste die Überlegung geboten zu sein, wie der restaurativen Entwicklung in der Bundesrepublik begegnet werden soll. Das